



TOP VIII Tätigkeitsbericht der Bundesärztekammer

Betrifft: Verordnung von Psychopharmaka nur nach ärztlicher Indikationsstellung

EntschlieÙung

Auf Antrag des Vorstandes der Bundesärztekammer (Drucksache VIII - 29) fasst der 112. Deutsche Ärztetag folgende EntschlieÙung:

Zu den wiederholt vorgetragenen Forderungen, die Verordnung von Psychopharmaka könne auch durch nichtärztliche Heilberufe erfolgen, nimmt der Deutsche Ärztetag aus Gründen des Patientenschutzes wie folgt Stellung:

Es muss dabei bleiben, dass nur Ärztinnen und Ärzte Arzneimittel verschreiben dürfen, da nur diese das hierfür notwendige medizinische Wissen in ihrer Aus- und Weiterbildung erworben haben.

Die Kompetenz zur Verordnung von Psychopharmaka setzt aus Gründen der Patientensicherheit und aus haftungsrechtlichen Gründen großen Sachverstand voraus, um unerwünschte Arzneimittelwirkungen und ggf. -wechselwirkungen zu erkennen und zu behandeln. Die Fülle dieser Anforderungen erfordert neben pharmakologischen Kenntnissen umfangreiches Wissen in nahezu allen klinischen Fächern (u. a. auch in der Dermatologie, der Inneren Medizin, der Neurologie sowie der Notfallmedizin), über das nur fachlich weitergebildete Ärztinnen und Ärzte verfügen. Außerdem muss vor jeglichem Medikamenteneinsatz eine umfassende Differenzialdiagnose gestellt werden, und der Einsatz von Psychopharmaka muss in einem Gesamtbehandlungsplan eingebettet sein. Es ist deshalb auch nicht sinnvoll, die Berechtigung zur Verordnung von Psychopharmaka von der Verordnung anderer Arzneimittel zu trennen. Eine Unterversorgung psychisch kranker Patienten mit Psychopharmaka, die zusätzlich für deren Verordnung durch Psychologische Psychotherapeuten oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten sprechen würde, ist nicht ersichtlich.

Der Deutsche Ärztetag begrüÙt, dass im Rahmen des vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) in Auftrag gegebenen Forschungsgutachtens zur möglichen Weiterentwicklung des Psychotherapeutengesetzes, die Befugnis zur Verordnung von Psychopharmaka auch in Zukunft weiterhin ausschließlich Ärztinnen und Ärzten vorbehalten bleiben solle.

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0